



*Wie das Vermeiden von Verpackung vermieden wird
DSD – Duales System Deutschland, Kennzeichen:*

DER GRÜNE PUNKT

*Naturschutzverbände warnen vor einer
politischen Fehlentscheidung mit historisch teuren Folgen.*



„Die Auszeichnung eines Produktes mit dem grünen Punkt ist in vielen Fällen Indiz dafür, daß die Verpackung nicht recyclingfähig ist. Vom Kauf dieser Produkte sollte unter abfallwirtschaftlichen Gesichtspunkten daher tunlichst Abstand genommen werden. Als Hersteller empfände ich diese Auszeichnung als Abwertung.“
Dipl. Ing. Ruth Drügemöller, Leiterin des Umweltamtes der Gemeinde Wardenburg, spontan zum Thema „Grüner Punkt“.

Im Bereich des Wertstoffrecyclings sollen jetzt in den Landkreisen und kreisfreien Städten der Bundesrepublik Deutschland die Weichen neu gestellt werden. Es wird von seiten bestimmter Interessengruppen Druck gemacht, das Duale System Deutschland (DSD) in die Tat umzusetzen. Mit dem Dualen System Deutschland wollen die Hersteller (Industrie und Gewerbe) gemeinsam mit Vertreibern (Handel) auf der einen Seite und den Verbrauchern (Haushalten) sowie Kommunen auf der anderen Seite die Flut der Verpackungen (Vp.) „dual“ bewältigen. Auf privatwirtschaftlicher Basis sollen in den Haushalten alle Verpackungsabfälle getrennt gesammelt und einer Verwertung zugeführt werden. Die Kosten werden vorher auf den Verkaufspreis der Produkte aufgeschlagen. Die betroffenen Produkte werden mit einem grünen Punkt gekennzeichnet. Die Verpackungsverordnung unterstützt das. Sie schreibt eine Rücknahmepflicht des Handels vor für Transportvp. (Kisten, Paletten, Kartonagen u.

a.), Verkaufsvp. (Becher, Dosen, Einweggeschirr, Flaschen u. a.) und Umvp. (Folien, Kartonagen als zusätzliche Verpackungen um Verpackungen). Wie regeln die Kommunen ihr Verhältnis zum Dualen System, auf welche Art von Verträgen mit welchen Inhalten würden sie sich damit einlassen? Dieses Merkblatt zeigt Hintergründe auf, die jedem Entscheidungsträger bekannt sein sollten, bevor er über DSD-Beschlußvorlagen abstimmt.

Die Verträge mit dem DSD stehen zur Entscheidung an, müssen doch spätestens ab 1995 auf Grund der *Verpackungsverordnung der Bundesregierung* hohe Erfassungs- und Sortierquoten von Verpackungen aller Art erfüllt werden.

Ergäbe eine Prüfung z. B. durch das Niedersächsische Umweltministerium ab 1995, daß Erfassungsquoten durch das DSD in Niedersachsen nicht erfüllt würden, stünde eine *Rücknahmepflicht für Verpackungen* durch den Handel an. Diese Entwicklung befürchten Industrie und Handel außerordentlich, denn dann würde ein massiver Druck zugunsten der Vermeidung von Verpackungsabfällen entstehen.

Welche Handlungsalternativen haben die Kreis- und Stadtparlamente beim Dualen System im Rahmen der Bundes-Verpackungsverordnung? Nach Einschätzung der BSH ermöglicht das Gesetz drei Handlungsvarianten:

1. die umfassende Kooperation der Landkreise und kreisfreien Städte mit dem DSD,
2. den Aufbau eines wirklich **dualen** Systems, unabhängig von der Wert-

stofffassung der Kreise und Städte und ohne deren Unterstützung,
3. die völlige Ablehnung des Dualen Systems.

Handlungsvariante 1: Umfassende Kooperation mit dem DSD

Dieser Weg wird von den großen Parteien, den kommunalen Spitzenverbänden, aber auch von einem Umweltverband favorisiert (s. BUND-Bericht 11 von Agnes Bünemann). Zwar wird bemängelt, daß das Duale System der Abfallvermeidung entgegenstehe und auch sonst viele Fehler habe. In Anbetracht angeblich realer Zwänge wird jedoch behauptet, daß den Gebietskörperschaften nur eine umfassende Kooperation mit dem DSD einschließlich des Aufbaus eines gemeinsamen Recyclingsystems für Wertstoffe bleibe.

Für diese Variante werden drei Argumente genannt:

1. Der Bürger soll nicht zweimal bezahlen – einmal für den „Grünen Punkt“ des DSD und ein zweites Mal über die Müllgebühr für die Wertstofffassung durch die Kommune.
2. Eine vollständige Kooperation mit dem DSD ermöglicht eine öffentliche Kontrolle der Altstoffströme.
3. Über Kooperationsverträge kann das DSD gezwungen werden, Maßnahmen zur Abfallvermeidung zu finanzieren.

Diese Argumente für ein gemeinsames Wertstofffassungssystem der Kommunen und des DSD stehen nach Ansicht der BSH auf schwachen Füßen. Denn:

- Zu 1. Auch in einem Dualen System, das unabhängig von der Wertstofffassung der Kommunen läuft, muß der Bürger nicht zweimal bezahlen, da die Behandlung der Verpackungen streng vom kommunalen Abfallentsorgungssystem getrennt bleibt.

- Zu 2. Die öffentliche Kontrolle der Altstoffströme wird allenfalls bei den Sammlungs- und Sortierwegen funktionieren, sie wird aber genau am neutralen Punkt versagen, im „Verwertungssektor“. Die vertraglichen Programmpunkte wie die „schadlose Verwertung auf höchster nutzbringender



der Ebene“ oder Nachweise, nach denen die Verwertung „der Einsparung von Energie- und Rohstoffen sowie der Schonung von Natur und Landschaft“ zu dienen hat, sind in wesentlichen Bereichen des stofflichen Recyclings (z. B. im Kunststoffsektor) nicht

umsetzbar. Es wird ein Verwertungssystem des Totschweigens und Lieber-Nicht-Kontrollierens werden, auch vor dem Hintergrund der politischen Mehrheitsverhältnisse in den meisten Landkreisen und Städten. Das erinnert manchmal an „Biedermann und die Brandstifter“ von Max Frisch. Die Welt will betrogen werden, also betrügt sie, und die Bevölkerung merkt es nicht oder nimmt es als unabänderlich hin und zahlt.

- Zu 3. *Abfallvermeidungsmaßnahmen* werden sich durchsetzen lassen. Doch welcher Art werden sie sein? Mit der Einstellung von Abfallberatern in den Gebietskörperschaften und entsprechender Öffentlichkeitsarbeit unter Mitfinanzierung des DSD ist zu rechnen. Damit kommt die Abfallvermeidung vor allem der Industrie entgegen. Sie wird zu einer Alibiveranstaltung, die auf das schlechte Gewissen der Bürger setzt. **Die Abfallvermeidung im Produktionsbereich, um die es der Umweltbewegung geht (siehe nachfolgende grundsätzliche Überlegungen), ist dann kein Thema mehr.** Denn wie sollen dann die von dem DSD geschaffenen überregionalen Recyclingkapazitäten ausgelastet werden?

**Handlungsvariante 2:
Aufbau eines wirklich dualen Systems unabhängig von der Wertstofffassung der Kreise und Städte**

Diesen Weg schlägt die BSH vor. Nehmen wir das „duale“ System beim Wort; dann lassen wir das DSD gewähren, unabhängig von der kommunalen Abfallwirtschaft. Ohne den Zwang zum Anschluß und Benutzen seiner Verpackungstonnen, den das DSD nur mit Hilfe der Gebietskörperschaften durchsetzen kann, werden die hohen Erfassungsquoten der Verpackungsverordnung nicht erreichbar sein. Die erzielten Quoten lassen sich dann aber vom Niedersächsischen Umweltministerium ab 1995 detailliert nachrechnen. Das DSD kann sich nicht mehr hinter Versäumnissen der Städte und Kreise im gemeinsamen Erfassungssystem verstecken.

Wenn das Duale System scheitert, werden nicht die Städte und Kreise den Verpackungsmüll übernehmen müssen, wie von den Befürwortern der Handlungsvariante 1 gern als unumgänglich dargestellt wird. **Statt dessen wird der Handel zur Rücknahme verpflichtet werden.** Es entsteht Druck in Richtung qualitativer (Entgiftung!) und quantitativer Abfallvermeidung.

Ökobilanz für 1 kg Karton (LPB), inkl. Durchschnittswert für eine Entsorgung in der Schweiz					
Materialeinsatz			Atmosphärische Emissionen		
Holz	2.100	g	Partikel	2.045	mg
Kalk	7,5	g	Kohlenmonoxid	4.100	mg
Chlordioxid	5,5	g	Kohlenwasserstoff	3.654	mg
Natronlauge	13,9	g	Stickoxide	4.092	mg
Sauerstoff	3,7	g	Stickstoffdioxid	103	mg
Schwefeldioxid	0,9	g	Schwefeldioxid	5.371	mg
Füller, Binder 2	99	g	Aldehyde	5,3	mg
Energieträger (exkl. Transporte und Stromproduktion)			sonstige organ. Verb.	9,9	mg
Erdgas	3,9	dm ³	Ammoniak	1,7	mg
Heizöl EL	8,9	g	Fluoride	0,01	mg
Heizöl S	40,5	g	Chlor	0,003	mg
Kohle	0,8	g	Quecksilber	0,007	mg
Wasserstoff	-0,18	g	Schwefelsäure	4	mg
Energie			Mercaptane	300	mg
Materialeintrag	31,05	MJ	Schwefelwasserstoff	210	mg
Holzfällung	0,4	MJ	Wasserverbrauch 94,4 l		
Holztransport	0,2	MJ	Wasserbelastung		
Prozeß	0,007	kWh	Fasern	700	mg
Hilfsstoffe	1,380	kWh	gelöste Fettstoffe	1,102	mg
Transport Hilfsstoffe	0,084	kWh	suspendierte Feststoffe	1	mg
Gutschrift Wasserstoff	0,001	kWh	Biolog. Sauerstoffbed.	4.301	mg
Energiegewinnung aus Nebenprodukten	-19,3	MJ	Chem. Sauerstoffbed.	28.702	mg
Precombustion	0,2	MJ	Adsorbierbare halogenorgan. Verbindungen	100	mg
total Produktion	29,9	MJ	Öle	15	mg
	1,471	kWh	Phenole	0,0	mg
Energieäquivalenzwert 43,9 MJ			Ammoniak	0,9	mg
Entsorgung			Fluoride	2,0	mg
Gutschrift Recycling	-7,05	MJ	Chloride	0,0	mg
Gutschrift			Quecksilber	0,0	mg
Müllverbrennung	-3,8	MJ	Salze		k. A.
Transport	0,02	MJ	Feste Abfälle		
total Produktion und Entsorgung	19,1	MJ	Hilfsstoffe	3,7	g
	1,471	kWh	Prozeß	37,7	g
Energieäquivalenzwert 33,1 MJ			Verbrennung von Energieträgern	0,1	g
			Precombustion	0,6	g
			Stromproduktion	72,3	g
			total Produktion	114,3	
			Entsorgung		
			Müllverbrennung	32,2	g
			Deponie	106,0	g
			total Produktion und Entsorgung	252,5	

Handlungsvariante 3: Völlige Ablehnung des Dualen Systems

Für die BSH ist dies kein gangbarer Weg. In der Verpackungsverordnung wurde im übrigen einem solchen Totalboykott vorgebeugt. **Die Kommunen, die sich nicht auf das Duale System einlassen, werden zur DSD-freien Zone erklärt: Für sie gelten die Erfassungsquoten nicht.** Sie bleiben also bei der Feststellung des Erfolges oder Mißerfolges des Dualen Systems unberücksichtigt.

Der BSH ist es im Zusammenhang mit dem DSD wichtig, die grundsätzlichen Ziele der Umweltbewegung im Abfallbereich noch einmal deutlich zu machen, um aufzuzeigen, wohin die Reise geht und welche politische Orientierung angezeigt ist.

Hausmüll, aufgegliedert nach Stoffgruppen, sowie deren Gewichts- und Volumenanteile

Stoffgruppe	Anteil gewichtsmäßig %	Anteil volumenmäßig %
Verpackungen		
1. Papier, Karton	5,8	11,6
2. Pappe, Wellpappe	4,6	10,1
3. Nichteisenmetalle (z. B. Aluminium)	0,6	1,0
4. Eisenmetalle (z. B. Blech)	4,1	5,8
5. Glas	11,1	5,2
6. Kunststoffolien	2,6	9,6
7. Kunststoffformkörper	2,3	6,9
8. Aerosoldosen	0,4	0,6
9. Holz, Kork	0,6	1,1
10. Sonstige (z. B. Textilien)	0,1	0,3
Total Verpackung	32,2	52,2
Übriges		
11. Vegetabilische Abfälle	22,5	11,7
12. Textilien, Leder, Gummi	7,8	8,1
13. Papier, Karton	16,8	18,5
14. Pappe, Holz	1,2	1,2
15. Mineralische Bestandteile	15,1	3,9
16. Metalle	3,3	2,1
17. Kunststoffe	1,1	2,3
Total Übriges	67,8	47,8

Aus: G. Vogel, „Verpackungsanteil am österreichischen Hausmüll“, Schriftenreihe Verpackungsforschung, Heft 2, in H. Mackwitz und B. Köszegi: „Zeitbombe Chemie“ (1983).

Ziel des Naturschutzes

Die Umweltbelastungen sind nicht über ein verändertes Konsumentenverhalten abzubauen, sondern vor allem durch direkte und massive Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen. Otto Ulrich hat die langfristigen Perspektiven der ökologischen Produktion folgendermaßen zusammengefaßt:

Langfristige Perspektiven auf der Grundlage erneuerbarer Ressourcen

„Angesichts der extrem hohen Schadstoffbelastung auf der Erde erfordert ökologisches Produzieren für längere Zeit eine Null-Emission von Schadstoffen aller Art. Das bedeutet unter anderem, daß die fossilen Vorräte sowohl als Energieträger als auch als Synthese-Rohstoff nicht mehr verwendet werden dürfen. Wenn die ‚Gefahr der Mondwerdung der Erde‘ (also der fortschreitenden Versandung und Verkahlung durch Erosion und Vergiftung, Red.) einmal gebannt sein sollte, könnten die natürlichen Ressourcen wieder auf einem Niveau genutzt werden, das sich nach dem natürlichen Regenerationspotential der Erde richtet. Dieses Niveau wird im Vergleich zur heutigen Nutzung ungleich niedri-

haben weitgehend ihre Umweltverträglichkeitsprüfung bereits hinter sich. *Sonnenenergie und (ökologisch verträgliche, Red.) nachwachsende Rohstoffe* sind die beiden Schlüsselworte für eine zukunftsfähige Ökonomie und Technik.“

Zwei Hauptproblemgruppen

Otto Ulrich schreibt weiter:

„Für ökologisches Produzieren gibt es zwei Hauptproblemgruppen: Es können Schädigungen in der Natur eintreten durch die Emission von Schadstoffen und durch übermäßige Mengen von Stoffen, die an sich keine Schadstoffe sind und erst bei höherer Konzentration toxisch wirken (Beispiel: Überdüngung von Gewässern, Red.). Die erste Problemgruppe ist zurückzuführen auf einen technisch falschen Umgang mit der Natur. Die Schaffung naturgemäßer Verfahren und Techniken könnte das Problem der Schadstoffe bewältigen. Die zweite Problemgruppe ist zurückzuführen auf einen räuberischen Umgang mit der Natur. Somit wird die Summe einzelner ökologischer Produktionsstätten nur dann insgesamt als ökologisch verträgliche Produktionsweise zu bezeichnen sein, wenn auch das Gesamtsystem sich von einer Übernutzung abwendet. Angesichts des heutigen extrem hohen Materialdurchflusses durch das Sozialsystem gehört zu den unabdingbaren ökologischen Zielkriterien auch eine Mengenreduktion der materiellen Waren und Güter.“

Eine an solchen Zielen orientierte konsequente Politik der qualitativen und quantitativen Einsparung und Vermeidung hätte eine grundsätzliche Neugestaltung der heutigen Industriegesellschaft zur Folge. Daß dies auf entschiedene Widerstände in Politik, Wirtschaft und Teilen der Bevölkerung trifft, ist klar. Es bleibt die Hoffnung, daß angesichts der erlebten oder heranrückenden Umweltkatastrophen (Stichworte sind z. B. Trinkwasserverseuchung, Tschernobyl, Waldsterben, Ozonloch, Erbschäden und steigende Krebsrate, Treibhauseffekt, häufige Hurrikans) eine solche Politik mehrheitsfähig wird, vorausgesetzt, sie wird von der Umweltbewegung konsequent und offensiv vertreten. Ökologisch orientierte Forschungsinstitute haben derweil Konzepte und Methoden entwickelt, die wesentliche Bausteine einer ökologischen Wirtschaftspolitik sein könnten. Beispielhaft seien hier genannt die betriebliche Ökobilanz zur Erfassung der Stoff- und Ener-

ger sein müssen. Ein langfristig ökologisch verträgliches Produzieren läuft darauf hinaus, daß der Energiekonsum nicht das ‚Energiekapital‘ der Erde verpraßt, sondern mit dem laufenden ‚Energieeinkommen‘ von der Sonne (einschließlich der Erdwärme, Red.) auskommt. Außerdem wird sich die materielle Produktion auf die natürlich vorhandenen Baustoffe der Erde umstellen müssen, denn diese

gieströme, das Öko-Controlling, die Produktlinienanalyse, die Betriebliche Umweltverträglichkeitsstudie (UVP), Ökologieorientierte Technologieentwicklung, Ökosteuern, Ökoabgaben, Mengenhöchstgrenzen (Quoten), Monetarisierung von Natur und Umwelt und direkte Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen durch Ge- und Verbote wie beispielsweise Verbote der Chlorchemie und der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW).

Die Verteidiger der real existierenden Marktwirtschaft haben Strategien entwickelt, um dem Problemdruck zu entgehen und dabei ihre Art des Wirtschaftens und der Gewinnmaximierung weiterhin zu betreiben. Ihre „Zauberformel“ heißt: Nachsorgepolitik (die Probleme bleiben!)

„Darum ist es kein Zufall, daß bis jetzt der Umweltschutz in der Bundesrepublik sich hauptsächlich auf *nachsorgende Techniken* konzentriert. Die ökologisch schädliche Produktions- und Konsumweise bleibt praktisch unangetastet; es wird aber auf sie eine Entsorgungstechnik aufgesetzt. Beispiele sind Kläranlagen, Rauchgasreinigungsanlagen, Katalysatoren, Müllverbrennungsanlagen (MVA), Deponien, „Endlager.“ (Ulrich)

Diese marktwirtschaftliche Strategie der Umweltreparatur ist betriebswirtschaftlich durchaus profitfördernd, bietet sie doch die Möglichkeit, an der Umwelterstörung zweimal zu verdienen: erstens bei der Verursachung und zweitens bei der Beseitigung. Das Wirtschaftswachstum ist gesichert, auch für die Verpackungsindustrie.

Die Umweltbewegung z. B. in Niedersachsen hat sich so vehement gegen die Müllverbrennung zur Wehr gesetzt, um diesen Einstieg in die völlig falsche Richtung der Nachsorgepolitik zu verhindern. Für die BSH standen stets konzeptionelle und volkswirtschaftliche Überlegungen im Mittelpunkt, sie waren sogar wichtiger als Emissionsprobleme. Müllverbrennungsanlagen „beseitigen“ die Entsorgungsprobleme optisch und fördern die Entstehung von immer mehr Müll, denn sie müssen ausgelastet werden. Das gleiche Argument gilt für Verpackungen und Recyclingverfahren. Hat das DSD erst mit massiver Unterstützung aus Länder- und Kommunkassen flächendeckend ausreichend

Sortier- und Recyclingkapazitäten gebaut, wird es sich erübrigen, Verpackungen zu vermeiden. Dazu Ulrich: **„Auch Recyclingverfahren sind Problemverschiebungen, solange hier mit ökologisch unverträglichen Stoffen umgegangen wird. Bei jedem Zyklus geht ‚unterwegs‘ etwas verloren. Nach einer bestimmten Anzahl von Zyklen, also nach einer bestimmten Zeit, sind dann doch alle Schadstoffe fein verteilt und nicht rückholbar in die Umwelt gelangt.“** (Beispiele: PCB, Asbest, Radioaktivität). Das verdeutlicht auch die gutachterliche Auffassung des Öko-Instituts Darmstadt, in dem 1991 festgestellt wird, daß eine wesentliche Steigerung der Kunststoffverwertung zwangsläufig zu einer Erhöhung von Neuproduktion und Verbrauch führen würde, was nicht nur mit einer entsprechenden „*Erhöhung des Rohstoff- und Energieverbrauchs* verbunden wäre, sondern letztlich *noch mehr Kunststoffabfälle* verursacht.“ (Öko-Institut Freiburg, Abfallwirtschaftsgutachten für den Landkreis Dessendorf)

Haben die umweltorientierten Politiker gerade der SPD und der Grünen und Vertreter eines Bundesumweltverbandes, die jetzt beim Dualen System einsteigen, dieses grundlegende Gesetz aus den Augen verloren? Dies ist ein Beispiel ohne Anspruch auf wissenschaftliche Exaktheit.

Haben die „Umweltbewegten“ in der alltäglichen Auseinandersetzung nicht doch etwas zu viel Pragmatismus entwickelt? Sind sie den konservativen Verfechtern der neuen (alten) Linie auf den Leim gegangen? Für die BSH wird der politische und kommunale Umgang mit dem Dualen System Deutschland und der Verpackungsverordnung Antwort auf diese Frage geben.

Das DSD darf nicht zum Zuge kommen, oder wir geraten in eine teure Sackgasse. Mit dem DSD stünde nach dem Billionen DM teuren Desaster der Kernenergiewirtschaft und der volkswirtschaftlich unsinnigen Grundlagenforschung (z. B. beim Elektronensynchrotron DESY) eine weitere unkalkulierbare politische Fehlscheidung ins Haus. Es bleibt zu hoffen, daß Politiker und andere Entscheidungsträger diese Entwicklung rechtzeitig sehen und vermeiden.

Literatur

- BDE (1991): Duales System in der Praxis, Info-Sonderausgabe, Köln, 4. 3. 1991.
- BDE (1991): Umweltschonende Entsorgung, Heft 5, Köln.
- BSH (1986): Wertstoffe und Sonderabfälle. Wiederverwertung von Hausmüll-Komponenten auf kommunalprivater Ebene. – MBl. 25, 4 S. (R. Dasecke u. a.).
- BSH (1990): Keine Müllverbrennung. – MBl. 33, 4 S., (A. Pieper u. a.).
- BÜNEMANN, A. (1991): Verpackungsflut ohne Ende? BUND-Berichte 11, Hannover, Dez. 1991.
- BÜNEMANN, A. (1992): Verpackungsordnung und Abfallwirtschaft, Kommunal Rundbrief 1/92.
- DIE GRÜNEN IM LANDKREIS OLDENBURG (1992): Laßt Euch nicht vor den falschen Karren spannen! Ganderkesee 3/92.
- DSD (1991): Der Grüne Punkt. – Bonn.
- GREINER-SCHUSTE, E. (1991): Recycler Unsinn bleibt Unsinn. – Ökotest-Magazin Nr. 9/91.
- ÖKO-INSTITUT (1991): Abfallwirtschaftsgutachten für den Landkreis Dessendorf, Freiburg-Darmstadt 1991.
- RUMMLER, T.; W. SCHUTT (1991): Verpackungsverordnung. – Praxishandbuch mit Kommentar, Hamburg.
- SCHMIDT, E. (1989): Ökologische Produktionskonzepte. – IÖW 23/89.
- SCHWADE, W. (1991): Verpackungsverordnung und Abfallwirtschaft – Neue Wege zur Müllvermeidung. – 29.6.1991.
- SPD-LANDTAGSFRAKTION NIEDERSACHSEN (1992): Verpackungsverordnung – Hinweise zur Vertragsgestaltung zwischen den abfallentsorgungspflichtigen Körperschaften und dem DSD. – Stand 2/92.
- ULRICH, O. (1989): Ökologische Produktionskonzepte. In: Ökologische Produktionskonzepte. – Schriftenreihe des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung, Heft 23/89, Seite 6-7.
- BUNDESMIN. F. UMWELT, NATURSCH. U. REAKTORSICH. (1991): Verordnung über die Vermeidung von Verpackungsabfällen (Verpackungsverordnung – VerpackVO) vom 12. 6. 1991. – BGBl. 1991 (I), S. 1234-1238, Bundesanzeiger Verl. Bonn.